

Umkehr zum Leben – Der Klimawandel als spirituelle Herausforderung

I

Die Vortragsveranstaltung heute Abend findet statt gegen Ende der diesjährigen Friedensdekade mit dem Motto „Grenzerfahrungen“. Sie steht zugleich im Zusammenhang mit der Impulspostkampagne unter dem Thema „Buße – Hausputz für die Seele“, die vorausweist auf den Buß- und Betttag am kommenden Mittwoch. Diese beiden aktuellen Verweise nehmen die beiden Aspekte unsere Themas auf: Der Klimawandel konfrontiert uns sehr unmittelbar mit der Erfahrung der Grenzen, an die unsere bisherige, von wirtschaftlichen Wachstums-Interessen bestimmte Lebensform stößt. Von den Grenzen des Wachstums ist schon seit 40 Jahren die Rede, aber unsere Gesellschaften sind jetzt durch den Klimawandel genötigt, sich diesen Grenzen konkret zu stellen und die Umkehr zum Leben zu lernen. Umkehr ist die Grundbedeutung von Buße und verweist damit auf die Einsicht, dass die Bewältigung des Klimawandels nicht nur eine technische und politische Herausforderung darstellt, sondern uns zu einer spirituellen Umkehr, bzw. Abkehr von einer fehlgeleiteten Fortschrittsgläubigkeit nötigt. – Ich habe meinen Vortrag vor den erschütternden Ereignissen in Paris in der Nacht vom Freitag aufgeschrieben. Auch wenn ich bei dem mir vorgeschlagenen Thema bleibe, sind die Gedanken natürlich bei den Opfern in Paris, ihren Familien und den Menschen in Paris und Frankreich. -

Mit seinen ersten Worten nimmt das Thema noch einen weiteren wichtigen Verweis auf, nämlich auf den 2013 ins Leben gerufenen ökumenischen Prozess „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“. Dieser Prozess, der inzwischen von über 30 Kirchen und kirchlichen Einrichtungen und Organisationen getragen wird, versucht viele Impulse im Blick auf die Frage des Klimawandels und die Schritte für die notwendige Transformation zu bündeln und in ein gemeinsames Aktionsprogramm zu überführen. Zu diesen Impulsen gehört die von Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen getragene „Klimaallianz“; die 2007 von Kirchen, kirchlichen Entwicklungsdiensten und Missionswerken initiierte entwicklungspolitische Klimaplattform unter dem Titel „Klima der Gerechtigkeit“; die 2009 erschienene Denkschrift der EKD Kammer für nachhaltige Entwicklung „Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“; das 2011 veröffentlichte „Klima-Memorandum“ des Plädoyers für eine ökumenische Zukunft; das große Gutachten des WBGU über die „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (2011), dessen Analysen Grundlage waren für den Transformationskongress in Berlin 2012, bei dem erstmals die Gewerkschaften, der BUND, sowie kirchliche Organisationen gemeinsam über die notwendigen Schritte der Transformation beraten haben; und schließlich die Erklärung der Vollversammlung des ÖRK in Busan 2013 zu „Klimagerechtigkeit“ und die Einladung der Vollversammlung an die Mitgliedskirchen zu einem ökumenischen „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“. Auf diesen letzten Impuls komme ich später noch einmal zurück. – So viel zum Hintergrund und zur Erläuterung des Themas.

II

Lassen Sie mich nun beginnen mit einigen mehr informativen Erinnerungen zum Stichwort „Klimawandel“. Dahinter verbirgt sich die inzwischen wissenschaftlich nachgewiesene und rasch voranschreitende Veränderung des Weltklimas infolge zunehmender Erwärmung der

Erdatmosphäre. Die Erwärmung geht zurück auf den Ausstoß von Treibhausgasen, vor allem von CO₂, im Zuge der industriellen Entwicklung. Hauptursache ist der Einsatz von fossilen Energieträgern, d.h. vor allem Kohle und Erdöl. Von der „Klimakrise“ spricht man spätestens seit dem UN Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992, der die Rahmenkonvention zum Klimawandel verabschiedet hat. Im Dezember 1997 wurde in Kyoto ein Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention beschlossen, das 2005 in Kraft getreten ist, allerdings ohne Beteiligung der USA. Gemäß diesem völkerrechtlich verbindlichen Protokoll sollen die Industrieländer innerhalb der ersten Verpflichtungsperiode bis 2012 den jährlichen Ausstoß von Treibhausgasen um durchschnittlich 5,2 % gegenüber dem Stand von 1990 reduzieren. Schon damals war klar, dass weitergehende Reduktionen notwendig sein würden. Im Jahr 2007 begannen daher die Verhandlungen über eine zweite Verpflichtungsperiode ab 2013, die aber immer wieder scheiterten, sodass man sich mit der Verlängerung des Kyoto Protokolls bis 2020 begnügen musste. Seither beobachtet der IPCC die Entwicklung des Weltklimas und prognostiziert, dass dramatische Veränderungen für die Lebensbedingungen auf der Erde eintreten werden, wenn es nicht gelingt, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf 2° gegenüber dem Wert von 1990 zu begrenzen. Dieses Ziel ist inzwischen auch politisch anerkannt und so kommt nun Ende November/Anfang Dezember die 21. Konferenz der Vertragsstaaten in Paris zusammen, um ein neues Klimabekommen zu beschließen.

Die vorbereitenden Verhandlungen waren sehr schwierig. Strittig waren vor allem der Umfang und die Verteilung der künftigen Treibhausgas-Reduktionen, die Einbindung von Schwellen- und Entwicklungsländern in die Reduktionsverpflichtungen sowie die Höhe der Finanztransfers. Der inzwischen vorliegende Vertragsentwurf setzt sich als Ziel, den Anstieg der durchschnittlichen Temperatur der Erdatmosphäre auf unter 2° (oder gar 1,5°) gegenüber den vor-industriellen Werten zu begrenzen. Der entscheidende Artikel des Entwurfs über die Reduktion lässt allerdings bisher die wichtigsten Dinge offen, bzw. in Klammern: zunächst das Zieldatum, bis zu dem entweder der Höhepunkt der Emissionen erreicht sein sollte, oder eine völlige Einstellung der Emissionen, oder eine prozentuale Reduktion, oder eine Transformation zur Kohlenstoff-, bzw. Klimaneutralität. Hinter diesen Alternativen stehen die unterschiedlichen Interessen vor allem der Industrieländer und der Entwicklungsländer, die in den Schlussverhandlungen in Paris ausgeglichen werden müssen. Dabei muss das in den Welthandelsverhandlungen entwickelte Prinzip beachtet werden, dass bei der Umsetzung der gemeinsamen Verantwortung aller Staaten die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern, vor allem im globalen Süden, entsprechend berücksichtigt werden müssen.

Der Vertragsentwurf sieht darüber hinaus vor, dass alle Vertragsstaaten regelmäßig, d.h. wenigstens alle fünf Jahre, dem Sekretariat ihre national festgelegten Reduktionsziele mitteilen sollen. Diese Ziele sollen über die bisherigen Anstrengungen hinausgehen, progressiv zunehmen, quantifizierbar sein und erkennen lassen, wo die Grenze der nationalen Reduktionsmöglichkeiten liegt. Dies ist eine grundlegende Änderung gegenüber dem bisher verfolgten Ziel einer gleichmäßigen, globalen Reduktion, das sich als nicht durchsetzbar erwiesen hatte. Ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen hat die bisher von den Vertragsstaaten mitgeteilten Reduktionsziele analysiert und kommt zu dem Schluss, dass diese Ziele nur die Hälfte der Reduktionen erreichen, die bis 2030 notwendig sind, um die 2° Marke zu erreichen; sie würden vielmehr zu einem Anstieg auf 3° führen. Vor allem die vier großen Industrieländer einschließlich der EU bleiben mit ihren bisherigen Angaben weit unter dem, was sie nach den Geboten der

Gerechtigkeit und Fairness beitragen sollten. Die meisten Entwicklungsländer erreichen mit ihren Angaben die erforderliche Reduktionshöhe, bzw. gehen sogar darüber hinaus.

Ein weiteres wichtiges Kapitel des Vertragsentwurfes betrifft die notwendigen Anpassungsmaßnahmen, um die Auswirkungen des Klimawandels vor allem in den Entwicklungsländern zu begrenzen. Das betrifft vor allem, aber nicht nur, die Insel- oder Küstenstaaten, die vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen sein werden; in anderen Regionen werden sich die Regenzeiten dramatisch verändern mit Folgen für die Landwirtschaft oder gar Wüstenbildung. Es ist mit Bevölkerungswanderungen als Folge des Klimawandels zu rechnen. All dies erfordert langfristige Anpassungsmaßnahmen, für welche die vor allem betroffenen Länder technische, logistische und besonders finanzielle Hilfe brauchen. Hierfür ist im Rahmen der Verhandlungen der Green Climate Fund gegründet worden mit einer Zielmarke von 100 Milliarden Dollar bis 2020, die an die betroffenen Länder vergeben werden sollen. Bislang sind freilich erst etwas mehr als 10 Milliarden für den Fond zur Verfügung gestellt worden. Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Bedeutung des Fonds zu lenken und den Druck auf die Verhandlungen zu erhöhen, hat das Sekretariat vor wenigen Tagen die ersten 180 Millionen für acht Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika freigegeben. Es liegen dem Sekretariat bereits zahlreiche konkrete Projektanträge vor, und man hat sich inzwischen auf eine Verfahrensstrategie für die Prüfung der Anträge und die Auszahlung der Mittel geeinigt.

III

Soviel an Hintergrundinformationen zu den anstehenden Verhandlungen in Paris in zwei Wochen. Die inzwischen erklärte Bereitschaft der Regierungen der USA und Chinas als den Hauptemittenten von Treibhausgasen, den Abschluss eines verbindlichen Vertrages mitzutragen, hat gemäßigten Optimismus im Blick auf den Ausgang der Verhandlungen erzeugt. Nach dem Scheitern in Kopenhagen vor sechs Jahren kann sich die internationale Gemeinschaft einen weiteren Fehlschlag nicht leisten. Es wird also einen Vertrag geben; aber ob er den erhofften Durchbruch bringen wird, lässt sich zurzeit noch nicht sagen.

Die Kirchen und die ökumenische Gemeinschaft haben die Klimaverhandlungen über die letzten Jahre hinweg intensiv begleitet. Besonders der ÖRK hat an allen bisherigen 20 Konferenzen der Vertragsstaaten mit Delegationen von Kirchenvertretern teilgenommen und mit Stellungnahmen, zum Teil in Kooperation mit anderen religiösen Organisationen, versucht, die Verhandlungen zu befördern. Die Herausforderung des Klimawandels stand seit der Weltversammlung im konziliaren Prozess in Seoul 1990 auf der Tagesordnung des ÖRK, d.h. schon ein Jahr vor dem Erdgipfel in Rio de Janeiro. 1993 veröffentlichte der ÖRK eine erste Grundsatzklärung unter dem Titel „Beschleunigter Klimawandel – Unheilssignal oder Glaubensprüfung“. Bei seiner Sitzung in Johannesburg 1994 verabschiedete der ZA des ÖRK eine öffentliche Erklärung zur Problematik des Klimawandels unter dem Titel „Globale Erwärmung und Klimawandel: Ein Aufruf an die Kirchen“. In dieser Erklärung unterstrich der Zentralausschuss, „dass globale Erwärmung und Klimawandel sichtbare Indikatoren für eine Zivilisationskrise sind und dass sie verursacht werden durch die Weigerung, die Grenzen der Schöpfung Gottes zu akzeptieren; dass die durch den Klimawandel verursachte gesellschaftliche und ökologische Schädigung eine Sünde vor Gott und einer Vergewaltigung der Schöpfung darstellen; und dass ein radikaler Wandel nur durch ernsthafte Umkehr und eine Veränderung des Lebensstils erreicht werden kann, indem die Reichen sich von der

verfehlten Orientierung auf einem ständig wachsenden Konsum abwenden.“ In nachfolgenden Erklärungen hat der ÖRK unterstrichen, dass die Herausforderung des Klimawandels auch als eine Frage der Gerechtigkeit verstanden werden müsse, weil ökologische Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte unlösbar verknüpft sind. Daher hat der ZA im Jahr 2009 eine Erklärung über „Öko-Gerechtigkeit und ökologische Schuld“ verabschiedet; die Vollversammlung hat das mit ihrer Erklärung zur „Klimagerechtigkeit“ aufgenommen und verstärkt.

Von besonderem Gewicht waren die Initiativen, die vom Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus ausgingen. Er hat sich mit der Veranstaltung einer Serie von wissenschaftlichen Konferenzen in die Debatte um den Klimawandel und ökologische Nachhaltigkeit, besonders für den Wasserhaushalt der Erde, eingeschaltet. Auf ihn geht die Anregung zurück, die Zeit vom 1. September bis zum 4. Oktober jedes Jahr als eine „Zeit der Schöpfung“ zu begehen; dies ist inzwischen in vielen Kirchen aufgegriffen worden. Patriarch Bartholomäus wird auch persönlich nach Paris reisen, um durch seine Anwesenheit die Erwartungen und die Unterstützung der Christen im Blick auf die Verhandlungen zu unterstreichen.

Auch die katholische Kirche, die sich lange Zeit eher zurückgehalten hatte, hat unter Papst Franziskus deutlich Stellung bezogen. Die Enzyklika des Papstes „Laudato Si“ ruft dazu auf, die Erde als „unser gemeinsames Haus“ zu schützen und die Frage des Klimas als ein „gemeinsames Gut“ zu begreifen, das nach den Maßstäben des Gemeinwohls, der Gerechtigkeit und der Solidarität verwaltet werden muss. Der Papst nimmt mit seiner Enzyklika erstmals all die Themen auf, welche die ökumenische Diskussion in den letzten mehr als 20 Jahren bestimmt haben, verbunden mit einer eindringlichen theologischen und spirituellen Reflexion.

Auf die 2009 veröffentlichte Denkschrift der EKD, die von der Kammer für nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet wurde, habe ich schon hingewiesen. Die Denkschrift bietet eine sehr detaillierte Analyse des Klimawandels und seiner Wechselwirkung mit der Armut in den Entwicklungsländern; sie diskutiert Konfliktszenarien und Handlungsoptionen und geht ausführlich auf die theologischen, ethischen und spirituellen Aspekte ein. Ich werde darauf gleich noch einmal zurückkommen.

Bei ihrer Tagung in der vergangenen Woche hat die EKD Synode eine Erklärung zu „Schöpfung bewahren, Klima schützen, Schwache stärken – Paris als Chance für echte Klimagerechtigkeit“ verabschiedet. Darin wird der Rat der EKD gebeten, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass sie sich bei den Verhandlungen in Paris für einen weitreichenden und verbindlichen Klimavertrag einsetzt. Auf nationaler Ebene soll die Bundesregierung die notwendigen Schritte für das Erreichen des 1,5/2-Grad-Ziels und für Klimagerechtigkeit einleiten, ein nationales Klimaschutzgesetz mit verbindlichen CO₂-Reduktionszielen und konkreten Klimaschutzmaßnahmen verabschieden, den Ausstieg aus der Kohlekraft bis spätestens 2040 und CO₂-Grenzwerte für fossile Kraftwerke festlegen, und einen Abbau der jährlich ca. 50 Milliarden Euro umwelt- und klimaschädlicher Subventionen einleiten. Die Gliedkirchen werden gebeten „ihre Anstrengungen zur Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen konsequent fortzusetzen und – gemessen am Basisjahr 2005 – bis zum Jahr 2020 eine Reduktion von insgesamt bis 40 % anzustreben“ Am Ende des Beschlusses heißt es: „Die Synode der Evangelischen Kirche bittet zudem Gliedkirchen und

Werke, Projekte für Klimagerechtigkeit zu unterstützen und in den kommenden Wochen in besonderem Maße auf die Notwendigkeit des Engagements aller Christinnen und Christen für eine Begrenzung der globalen Erwärmung, für die Bewahrung der Schöpfung und für internationale Klimagerechtigkeit einzutreten und aktiv zu werden. Insbesondere unterstützt die Synode den Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit nach Paris im Rahmen der "Pilgrimage of Justice and Peace" des ÖRK und bestärkt die Pilgerinnen und Pilger in ihrem Engagement für ein gerechtes, rechtlich verbindliches Klimaabkommen bei der 21. Weltklimakonferenz.“

Der hier erwähnte ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit wird getragen von einem Bündnis von vielen Landeskirchen, Diözesen, Entwicklungsdiensten, Missionswerken, Jugendgruppen und ökumenischen Zusammenschlüssen, angeregt durch die Einladung der der Vollversammlung des ÖRK zum Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. Der ökumenische Pilgerweg unter dem Motto „Geht doch!“ begann am 12. September in Flensburg und führte durch Nordwestdeutschland und das Rheinland über Trier und gelangte am 16. November bis nach Metz und geht nun weiter durch Frankreich, um Ende November in Paris anzukommen. Es gab auch eine südwestdeutsche Pilgerstrecke von Ludwigshafen aus, in deren Zusammenhang am 7. November in Straßburg ein von der Badischen Landeskirche zusammen mit den Erzdiözesen in Freiburg und Straßburg veranstalteter Klimapilgertag stattfand mit einer an den Europarat in Straßburg übergebenen Botschaft. Eine weitere Pilgerstrecke führt von Rom aus nach Frankreich und vereinigt sich dann mit der aus Deutschland kommenden Strecke. Auch aus Norwegen und London sind Pilger aufgebrochen und am 21. November startet noch eine Gruppe aus Venedig. Alle Pilgergruppen vereinigen sich dann in Paris zu einer großen Schlussversammlung vor Beginn der Konferenz.

Während des deutschen Pilgerwegs werden entlang der 1470 Kilometer langen Strecke „Kraftpunkte“, oder positive Beispiele für Klimagerechtigkeit aufgesucht, z.B. ein Gemeindehaus im Passivhaus-Standard, ein Solarpark auf der grünen Wiese, oder eine Bürgerinitiative gegen Fracking; aber auch „Schmerzpunkte“, die sichtbar machen, wo weiter intensive Bemühungen zum Klimaschutz nötig sind, wie z.B. das Atomkraftwerk in Brunsbüttel oder der Flughafen Münster-Osnabrück, von wo aus viele Billigflieger starten. Täglich werden spirituelle Momente von den Pilgerinnen und Pilgern und den Menschen vor Ort gemeinsam gestaltet. Heute z.B. haben die Pilger in St. Ménehould als Kraftpunkt eine ökologisch verantwortliche Gärtnerei besucht. Morgen steht mit einem Besuch auf einem Bauernhof die ökologische Landwirtschaft auf dem Programm. Am Sonntagabend werden die Pilger ihren Tagesabschluss in der „bioökologischen“ Kapelle der Abbey d’Audecy feiern. Es lohnt sich sehr, im Internet die Berichte von Teilnehmenden des Pilgerwegs nachzulesen; sie bieten viele ermutigend Beispiele, wie wir mit der spirituellen Herausforderung der Klimakrise umgehen können.

III

Damit komme ich zum zweiten Teil des Themas: Klimawandel als spirituelle Herausforderung. Die Denkschrift der EKD nahm dazu bereits 2009 Stellung und sagte: „Die dramatische Situation, vor die uns der Klimawandel über die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise hinaus stellt, ist nicht nur eine politische und soziale, sondern auch eine theologische Herausforderung. Sie wirft dringende und zutiefst beunruhigende Fragen an den christlichen

Glauben auf. Dürfen wir uns mit dem Gedanken beruhigen, dass Gott uns vor weiteren Sintfluten bewahren wird? Oder wird diese Zusage des Noahbundes dadurch gegenstandslos, dass wir erneut dem unersättlichen Streben nach Mehr verfallen sind? Überlässt uns Gott unserem Schicksal? Welche Botschaften sendet er uns heute? Was will Gott in diesem besonderen Kairos von uns als Christen und Christinnen? Können wir noch umkehren? Wohin müssen wir umkehren? Was gibt uns die Hoffnung und die Kraft für die nötigen Schritte der Umkehr? Diesen Fragen müssen wir uns als Kirche ganz besonders stellen.“

Ich möchte diese Fragen aufnehmen, indem ich zunächst zurückgehe zu dem Aufruf zu einer „Ökonomie des Lebens – Gerechtigkeit und Frieden für alle“, der der Vollversammlung des ÖRK in Busan vorlag und den Anstoß für den Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens gab. Der Text bezieht sich ausdrücklich auf die neue ökumenische Missionserklärung und beginnt mit der folgenden theologischen und geistlichen Bekräftigung des Lebens: „Der Glaube, dass Gott die Menschen als Teil eines größeren Lebensgewebes geschaffen und die Güte der ganzen Schöpfung bekräftigt hat (1. Mose), ist die Grundlages des biblischen Glaubens. Die ganze Gemeinschaft lebender Organismen, die wächst und gedeiht, ist Ausdruck von Gottes Willen und arbeitet zusammen, um aus dem Land Leben zu beziehen und ihm Leben zu geben, eine Generation mit der nächsten zu verbinden und die Fülle und Vielfalt von Gottes Haushalt (*oikos*) zu erhalten.“ Der Text nimmt das Stichwort von der „verwandelnden Spiritualität“ aus der Missionserklärung auf und führt nach einer kurzen Analyse der lebensbedrohenden Krisen hin zu dem Aufruf zu einem radikalen Wandel. „Der Wandel muss unter dem Auftrag stehen, die ganze Schöpfung zu heilen und zu erneuern“.

Damit sind die beiden Stichworte gegeben, denen ich nun weiter nachgehen will: *Erneuerung der Schöpfung* durch eine *verwandelnde Spiritualität*. Hier deutet sich eine wichtige Neuorientierung ab: Im konziliaren Prozess lag der Schwerpunkt auf der „*Bewahrung der Schöpfung*“. Das war die deutsche Übersetzung des englischen „integrity of creation“. Der Klimawandel war schon damals, vor bald dreißig Jahren, Gegenstand eingehender Analysen, die seither nichts an Dramatik verloren haben. Die deutsche Wiedergabe von „integrity“ mit „Bewahrung“ sollte wohl bewusst die Sprache von Gen. 2,15 aufnehmen, wo Gott dem Menschen die Aufgabe gibt, den Garten zu „bebauen und zu bewahren“. Ich habe damals in den Diskussionen vorgeschlagen, von der „Lebensfähigkeit“ der Schöpfung zu sprechen, um die der Schöpfung von Gott eingepflanzte Lebensenergie zu betonen und über die vorrangig an menschlicher Aktivität orientierte „Bewahrung“ hinauszugehen.

„Bewahrung“ der Schöpfung entspricht der Grundorientierung auf Prävention, auf Eindämmung und Minimierung der Gewalt, die menschliche Lebensformen der Schöpfung antun. Dahinter steht, meist uneingestanden, ein Bild der Schöpfung/Natur als eines in sich geschlossenen Systems, dessen innerer dynamischer Zusammenhang durch die menschlichen Eingriffe gefährdet ist, wie z.B. das Klimasystem. Die biblischen Schöpfungserzählungen wussten freilich schon lange vor unseren heutigen Einsichten in die Gefährdungen des „gemeinsamen Hauses des Lebens“, dass die Menschen ihrer Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung nicht gewachsen waren, sondern dass sie vielmehr von Anfang die Beziehungen zerstört haben, die das Leben der Schöpfung erhalten. Das ist der große Realismus der biblischen Schöpfungserzählungen. Die noachitische Menschheit nach der großen Flut lebt mit dem Wissen, dass es in der Geschichte der Natur -

säkular gesprochen: in der Geschichte der Evolution - unvorhersehbare Katastrophen geben kann, die sich menschlichem Verständnis, und damit auch der Einwirkung und sogar Prävention entziehen. „Bewahrung der Schöpfung“ ist im Sinn des Bundes Gottes mit Noah eine Gott selbst vorbehaltene Sorge.

Deshalb sprechen wir von der „Schöpfung“ und nicht einfach von „Natur“. Die Rede von der „Schöpfung“ ist ja nicht nur eine traditionelle religiöse Bezeichnung für das, was in der säkularen Sprache „Natur“ heißt. In der Perspektive des Schöpfungsglaubens ist die Natur kein in sich abgeschlossenes System, sondern sie ist offen zur transzendenten Wirklichkeit Gottes, sie hat ihren Bestand in der Beziehung zu Gott. Wer von Schöpfung spricht, macht eine Glaubensaussage über Gott als den „Schöpfer des Himmels und der Erde“. Und Gott steht als der Schöpfer nicht nur am Anfang der Prozesse allen Lebens, sondern Gott ist durch den Geist Gottes in der Schöpfung präsent als die Energie des Lebens. Wer von Schöpfung spricht erkennt zugleich, dass menschliches Leben und Handeln Teil eben dieser Schöpfung ist und ihr nicht gegenüber steht. Die Menschen sind „Erdlinge“. Das schließt die Einsicht in der Begrenztheit und Endlichkeit menschlichen Lebens ein. Das Absterben des einzelnen menschlichen Lebens wie der aufeinander folgenden menschlichen Kulturen gehört wie das Wachstum zum Leben der Schöpfung.

Mit der Rede von der „Erneuerung der Schöpfung“ nehme ich bewusst noch einmal das Thema der Vollversammlung von Canberra auf, die 1991 am Ende des konziliaren Prozesses stattfand. Das Thema war formuliert als Gebet: „Komm Heiliger Geist – erneuere die ganze Schöpfung“. Der Gebetsruf des Themas nennt den Heiligen Geist als die Kraftquelle der Erneuerung der Schöpfung. Auch das ist eine Glaubensaussage in dem Sinn, dass die Schöpfung nicht nur offen ist zur transzendenten Wirklichkeit Gottes, sondern dass sie sich in einem fortwährenden Prozess der Transformation und Erneuerung befindet, dessen Dynamik eine spirituelle Qualität hat.

Die spirituelle Herausforderung besteht deshalb darin, sich auf die verwandelnde Kraft des Geistes Gottes einzulassen, sich selbst verwandeln zu lassen und so hineingezogen zu werden in die Bewegung des Geistes Gottes. Spiritualität, das ist Leben im Heiligen Geist; Schöpfungsspiritualität ist bezogen auf den in der Schöpfung lebendigen Geist, der ihre Transformation und Erneuerung bewirkt. Sie gewinnt Gestalt in der *metanoia*, der immer neuen Verwandlung des Bewusstseins und der Ausrichtung unseres Lebens, zu der Jesus mit seinen Gleichnissen aufgerufen hat. Deshalb nimmt der Aufruf zum Handeln für eine Ökonomie des Lebens ausdrücklich den Ruf Jesu auf: „Die Zeit ist erfüllt, das Reich Gottes ist nahe. Kehrt um und glaubt an das Evangelium!“ (Markus 1,15). Und der Aufruf fährt dann fort: „Wir sind aufgerufen, uns verwandeln zu lassen, Gottes Werke des Heilens und der Versöhnung fortzuführen und das zu sein, wozu wir gesandt wurden... So ist die Kirche Gottes Vermittler der Verwandlung.“

Verwandlung oder „Transformation“ sind zentrale Begriffe geworden in der neueren ökumenischen Diskussion. Transformation geht über Prävention hinaus. Wir sprechen von transformativer Gerechtigkeit, von Konflikt-Transformation, von transformativer, verwandelnder Spiritualität und sogar von transformativen, verwandelnden Gemeinden und Kirchen. Solche Verwandlung und Transformation ist kein Selbstzweck, sondern sie hat ein Ziel: die Vollendung der Schöpfung, das Reich Gottes oder die neue Schöpfung, der endgültige Sabbat der Schöpfung. „Erneuerung der Schöpfung“ heißt also nicht nur Heilung des Zerbrochenen, Wiederherstellung der Beziehungen, sondern wirkliche Verwandlung unserer alten Welt. Von der Botschaft der Propheten bis zur Offenbarung des Johannes ist

die biblische Tradition voll von eindrücklichen Bildern und Symbolen, die diese Hoffnungsperspektive auf eine grundlegende Verwandlung zum Ausdruck bringen. Der entscheidende Grund dieser Hoffnung ist für den christlichen Glauben das Bekenntnis zur Auferweckung Jesu von den Toten. Schöpfungsspiritualität heißt, sich von dieser Hoffnung leiten zu lassen in den gegenwärtigen Krisen. Das führt in der Praxis ist zu einem „eschatologischen Realismus“, der sich nicht lähmen oder überwältigen lässt von kaum lösbaren Problemen bei der Suche nach einer lebens- und zukunftsfähigen Ordnung, sondern „vom Ende her“ denkt und sich im eigenen Handeln leiten lässt vom Vertrauen auf die verwandelnde Kraft des Geistes Gottes.

IV

Von „Erneuerung der Schöpfung“ zu sprechen enthält daher eine spirituelle Herausforderung. Das hat Konsequenzen für das Denken und das Bewusstsein ebenso wie für das Handeln, denen ich noch ein wenig nachgehen möchte.. Die 1. Sektion der Vollversammlung in Canberra unter dem Thema: „Spender des Lebens – erhalte deine Schöpfung“ hatte einige der Konsequenzen für die theologische Rede von der Schöpfung benannt. Dort heißt es: „Je mehr die Theologie nur Gottes absolute Transzendenz und Distanz von der materiellen Sphäre hervorgehoben hat, desto mehr wurde die Erde gesehen als bloßes Objekt der Ausbeutung durch den Menschen und als „nichtspirituelle“ Realität. Die Natur ist vom Menschen in Besitz genommen und rücksichtslos manipuliert worden. Das Bild Gottes ist pervertiert worden zu arroganter, skrupelloser Herrschaft, die die Erde und die Mitmenschen kaum berücksichtigt. Eine dualistische Auffassung von Geist und Materie, Mann und Frau und der Beziehungen zwischen den Rassen hat Strukturen und Muster der Herrschaft und Ausbeutung hervorgebracht, die ihr Gegenstück in der Beherrschung der Natur haben. Zwar lehnen wir diese Folgen ab, müssen aber bekennen, dass sie Teil des Lebensstils und der Machtstrukturen sind, die theologisch unterstützt und sanktioniert wurden.“¹

Der unsere christliche Denktradition prägende Anthropozentrismus, für den die Erde der Herrschaft des Menschen übergeben ist, hat seine Entsprechung in dem von Allmacht und Herrschaft bestimmten Bild Gottes. Hier liegt eine der spirituellen Quellen für die Dynamik der gefährlichen gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung, die u.a. zur Klimakrise geführt hat. Die kanadische Theologin Heather Eaton ist überzeugt davon, dass wir angesichts der Umweltkrise dringend „an der Neuinterpretation, der Wiedergewinnung und in einem gewissen Ausmaß auch an der Neuerfindung christlichen Lebens und Denkens“ arbeiten müssen.² Sie verweist auf eine Reihe von grundlegenden Orientierungen und Überzeugungen innerhalb der christlichen Tradition, die der Überprüfung unterzogen werden müssten. Dazu gehören z.B. die ausschließlich auf die Menschen bezogenen Vorstellungen von Erlösung und Heil im Sinne Rettung der Menschen aus der Welt. Damit wird die Trennung der Menschen von den Prozessen der natürlichen Welt festgeschrieben und der natürlichen Welt als der Schöpfung Gottes jede spirituelle Qualität abgesprochen.

Die anthropozentrische Grundorientierung hat auch dazu geführt, die Geschichte als privilegierten Raum der menschlichen Entwicklung zu verstehen und von der Natur zu

¹ Bericht aus Canberra 61f

² Heather Eaton, Gewalt gegen die Erde - Theologische Aufgaben, in: Geiko Müller-Fahrenholz (Hg), Friede mit der Erde, Frankfurt/M 2010, 135ff.

trennen. Damit wird Gottes Handeln in und mit der Natur als Gottes Schöpfung ausgeblendet und es gerät aus dem Blick, dass die menschliche Geschichte selbst nur ein kleiner Teil der Geschichte der Natur ist. Gottes Handeln zielt nicht nur auf das Heil der Menschen, sondern auf die Wiederherstellung der Ganzheit der Schöpfung. Heather Eaton schreibt: „Die übermäßige Sorge um den Erlösungsprozess hat die Erkenntnis verdunkelt, dass die Zerstörung der natürlichen Welt gleichzeitig auch die ursprünglichen Erscheinungsformen des Göttlichen zerstört.“ Der Trennung des Menschen von der Natur entspricht die Vorstellung von der außerweltlichen, transzendenten Wirklichkeit Gottes. Zwar ist die Unterscheidung zwischen Gott, dem Schöpfer, und seiner Schöpfung grundlegend für die biblische Tradition. Aber zugleich bekennen wir, dass Gott die Schöpfung nicht sich selbst überlassen hat. Vielmehr ist Gott durch seinen lebenspendenden Geist in der Schöpfung präsent und führt sie zu ihrer Vollendung.

Die neue ökumenische Missionserklärung hat von der „verwandelnden Spiritualität“ gesprochen. Sie sieht in ihr eine „dynamische Transformationskraft, die durch das geistliche Engagement von Menschen in der Lage ist, die Welt durch die Gnade Gottes zu verwandeln“³ Sie kann diese Transformationskraft freilich nur gewinnen, wenn sie den traditionellen Anthropozentrismus und die Trennung des menschlichen Lebens von den Prozessen in der natürlichen Welt überwindet und der Schöpfung ihre spirituelle Qualität als von Gott geschaffene und erhaltene Ganzheit zurück gibt. In der Missionserklärung heißt es: „Die Menschheit kann nicht allein gerettet werden, während die übrige geschaffene Welt untergeht. Ökogerechtigkeit kann nicht von der Erlösung getrennt werden und Erlösung kann nicht ohne neue Demut kommen, die die Bedürfnisse allen Lebens auf der Erde respektiert.“⁴

Die Rolle der Kirchen für die Freisetzung dieser transformativen Spiritualität wird daher in erster Linie darin bestehen müssen, die in der eigenen Lehr- und Glaubens-tradition verborgenen spirituellen Hindernisse aus dem Weg zu räumen und eine selbstkritische Neubewertung ihres Verständnisses der Beziehung zwischen Gott, Menschheit und Erde vorzunehmen. Inzwischen hat ein Prozess des Bewusstseinswandels und ökumenischen Lernens begonnen, durch den Kirchen im christlichen Westen die anders geprägten spirituellen Grundlagen des Weltverhältnisses im östlichen, orthodoxen Christentum neu entdecken. Zu solchen Lernprozessen kann auch die Begegnung mit der Spiritualität indigener Kulturen beitragen, die die Erde als „Mutter“ und als geheiligten Raum verstehen und eine entsprechende Praxis der Achtung, Ehrfurcht und Sorge für den natürlichen Lebensraum bewahrt haben. In der Begegnung und im Austausch mit den Traditionen anderer religiöser Gemeinschaften kann die christliche Tradition neu lernen, Gott als die Quelle der Macht zu verstehen, die das Gewebe des Lebens erhält und bewahrt, und sich einzuüben in der Spiritualität des Umgangs mit der Schöpfung.

Die transformative Spiritualität, die sich der Kraft des lebenspendenden Geistes Gottes anvertraut, ist freilich nicht einfach der Ausweg aus der mit dem Klimawandel verbundenen spirituellen Krise. Die Krise als eine Zeit der Prüfung und der „Unterscheidung der Geister“ wird sich nicht von selbst auflösen, sondern sie wird sich möglicherweise verschärfen. Wenn es richtig ist, dass wir eingebunden sind in Veränderungen in der außermenschlichen Natur, die wir nicht vollständig verstehen und noch weniger kontrollieren können, dann wird uns in

³ S. 3 http://www.oikoumene.org/fileadmin/files/wcc-main/2012pdfs/TogetherTowardsLifeGEN07de_revised4-10-2012.pdf, Abs. 3

⁴ ebd. Abs..23

der Krise die Einsicht in unsere menschliche Begrenztheit und Endlichkeit abverlangt. Es hat in der Geschichte der Natur immer wieder Phasen gegeben, in denen große Populationen von Lebewesen ausgestorben sind. Sterben und Vergehen gehört ebenso zum Prozess des Lebens wie das Wachstum. Wir müssen jedenfalls darauf vorbereitet sein, dass dies auch für die menschliche Zivilisation gilt, wie wir sie kennen. Der von uns geforderte Abschied von der anthropozentrischen Sicht der Welt wird die spirituelle Krise verschärfen und wird Widerstände und Gegenreaktionen auslösen, die versuchen, das alte Weltbild zu verteidigen und zu bewahren.

Die in der Krise geforderte Selbstprüfung ist ein Wagnis mit bislang ungewissem Ausgang. Das Symbol des Pilgerweges, das von der Vollversammlung in Busan in den Mittelpunkt gerückt worden ist, unterstreicht den Wagnischarakter dieses Prozesses. Da es um die Neuinterpretation und in gewisser Weise die „Neuerfindung“ von tief im kollektiven Bewusstsein verankerten religiösen Grundlagen und Orientierungen geht, reichen intellektuelle Analysen und neue Symbolbildungen, aber auch die Einübung des veränderten Lebensstils nicht aus, so wichtig sie sind. Ein neues religiöses Bewusstsein bildet sich über einen Zeitraum von Generationen und in Verarbeitung von Erfahrungen auch des Scheiterns. Wir wissen nicht ob die menschlichen Religionen, unter Einschluss des Christentums in seiner gegenwärtigen Gestalt, die innere Kraft zur Transformation haben. Die transformative Spiritualität, die sich öffnet für die verwandelnde Kraft des Geistes Gottes, kann Christen und christlichen Gemeinden helfen, angstfrei der Krise Stand zu halten im Vertrauen auf die Treue Gottes zu seinen Verheißungen. Diese Hoffnungsperspektive ist der wichtigste spirituelle Beitrag der christlichen Kirchen und ihrer Gläubigen angesichts des Klimawandels.

